

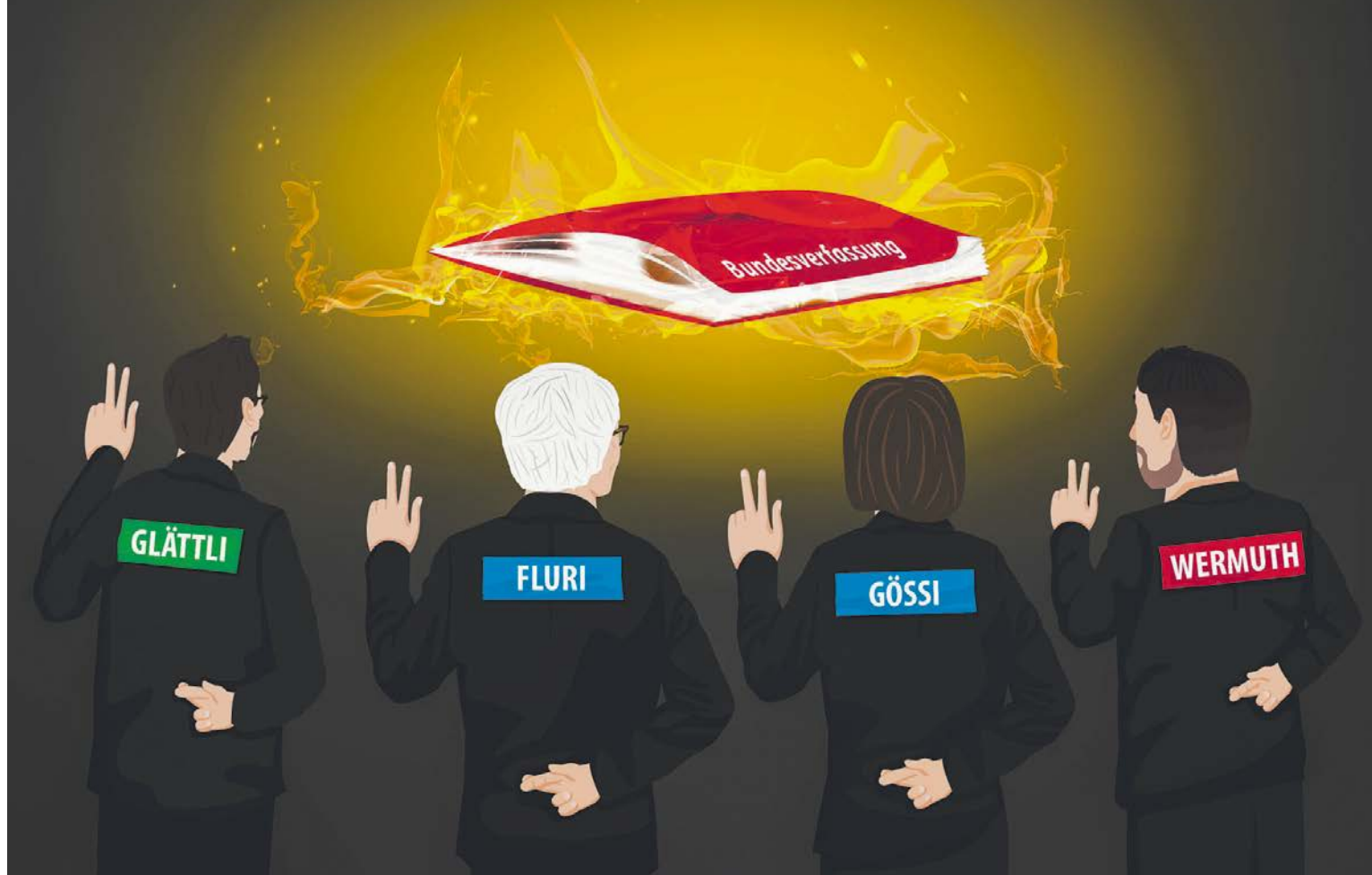
Editorial	2
SVP Schweiz	2
Aus dem Nationalrat	4

Kanton Luzern	9
«Auf ein Bier, mit Dir»	12
Ortsparteien	13

Frauenkommission	15
Leserbrief	16
Kalender	16

P.P.  
6000 Luzern  
DIE POST

## «Ich gelobe, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und die Pflichten meines Amtes gewissenhaft zu erfüllen.»



Infos über die  
SVP Kanton Luzern:  
[www.svplu.ch](http://www.svplu.ch)

Volksauftrag klar  
nicht erfüllt.



2

Fürs Parlament  
geschämt.  
Felix Müri im  
Interview.



4

Initiative «Steuer-  
erhöhung  
vors Volk».



9



## EDITORIAL

**Liebe Luzernerinnen,  
Liebe Luzerner**

### Das Parlament begeht Verfassungsbruch

Geschätzte Parteifreunde, in bisher nie dagewesener Ignoranz haben sich die staatspolitische Kommission des Nationalrates, und in der Folge auch der gesamte Nationalrat, mit Ausnahme der SVP, über den Volkswillen hinweg gesetzt. Keine der vom Schweizer Volk am 9. Februar 2014 angenommenen Punkte der Masseneinwanderungsinitiative wurden umgesetzt. Die beschlossenen Massnahmen bedeuten einen Verfassungsbruch, und keine der beschlossenen Punkte wird dazu führen, dass die Schweiz die Zuwanderung wieder eigenständig steuert. Wenn nun behauptet wird, auch andere Verfassungsartikel seien in der Vergangenheit nicht umgesetzt worden, der argumentiert falsch. Bei der Zweitwohnungsinitiative beispielsweise wurde eine Lösung gefunden, die sich immer noch an der vom Volk angenommenen Initiative richtet.

Die Politiker die ihren Eid oder Gelübde auf die Verfassung geleistet haben, scheinen hier zu vergessen, dass sie ihrem Land zu dienen haben und das Volk die oberste Behörde in diesem Land ist.

Nun gilt es abzuwarten ob der Ständerat noch signifikante Korrekturen vornimmt. Falls nicht, so wird die SVP eine Aufkündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens ins Auge fassen müssen. Zu hoffen bleibt, dass sich wenigstens der Ständerat darauf besinnt, dass der Souverän das oberste Organ der Schweiz ist.

Mit Freude habe ich zu Kenntnis genommen, dass eine grosse Mehrheit der Luzernerinnen und Luzerner eine von der SP angestrebte signifikante Erhöhung der Unternehmenssteuern im Kanton Luzern klar verworfen hat. Es ist wichtig dass wir die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Kantons nicht schwächen.

Nun geht es bereits in die nächste Runde. Am 27. November 2016 stimmen wir darüber ab, ob das Volk auch bei den kantonalen Steuern das letzte Wort haben soll. Unsere Initiative will, dass bei allen Steuererhöhungen im Kanton Luzern neu ein obligatorisches Referendum dem Volk die Möglichkeit gibt, darüber an der Urne befinden zu können. Es gehört zu den alten und bewährten Traditionen der Schweiz das wir das letzte Wort haben, auch in Steuerfragen. Deshalb ist es an der Zeit dies auch für die kantonalen Steuern einzuführen.

Ich danke Ihnen für ihre Unterstützung in unseren wichtigen Anliegen. Die SVP wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass wir in unserem Land auch in Zukunft souverän, frei und unabhängig bleiben!

Franz Grüter  
Präsident SVP Kanton Luzern, Nationalrat

### Impressum SVP Kurier, Mitteilungsblatt der SVP des Kantons Luzern

Erscheinungsweise: ¼-jährlich

Grafik/Layout: erni medien GmbH, 6014 Luzern-Littau / [www.ernimedien.ch](http://www.ernimedien.ch)

Druck: ZT Medien AG, Zofingen

Auflage: 3'300 Exemplare

Anzeigenverwaltung, Kontaktadresse, Redaktion:

Roland Staub, 6123 Geiss, [kurier@svp-lu.ch](mailto:kurier@svp-lu.ch)

Für den Inhalt der Beiträge zeichnet sich ausschliesslich der Autor verantwortlich; es ist der Redaktion vorbehalten, Beiträge zu kürzen oder von der Veröffentlichung auszuschliessen.

**Adressänderungen sind an Ihre Ortspartei zu melden oder an das kantonale SVP-Sekretariat ([sekretariat@svp-lu.ch](mailto:sekretariat@svp-lu.ch), Tel. 041 250 67 67). Die Redaktion kann keine Adressmutationen vornehmen!**

## SVP SCHWEIZ

**Aus Sicht des Präsidenten der SPK-N:**

# Volksauftrag klar nicht erfüllt!

**Wenig konnte man aus der Staatspolitischen Kommission erfahren. Nationalrat Heinz Brand gibt den Leserinnen und Leser des SVP Kurier exklusiven Einblick hinter die Kulissen und spricht Klartext.**



*«Erstaunen erregte schliesslich auch der Umfang der Botschaft, hatte man doch allgemein und angesichts der langen Vorbereitungsdauer eine weit ausführlichere Botschaft des Bundesrates erwartet.»*

Bereits im Spätwinter dieses Jahres begannen sich die Medien intensiver um die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI), welche am 9. Februar 2014 von Volk und Ständen angenommen wurde, zu interessieren. Das Interesse stieg nicht zuletzt deshalb stetig an, weil gemäss Initiativtext der Bundesrat verpflichtet wäre, die Umsetzung der Initiative durch eine eigene Verordnung zu regeln, sollte bis zu diesem Zeitpunkt der ordentliche Gesetzgeber, d.h. National- und Ständerat, die Ausführungsgesetzgebung noch nicht beschlossen haben. Trotz dieser Regelung im Initiativtext liess sich der Bundesrat mit der Botschaft zur Ausführungsgesetzgebung der Masseneinwanderungsinitiative ungebührlich viel Zeit. Mit Datum vom 4. März 2016 verabschiedete der Bundesrat endlich die lange erwartete Botschaft zu Händen des Parlaments. Nach der Publikation dieser Botschaft stieg das Interesse an diesem Geschäft und die Spekulationen über die Art und Weise der Umsetzung der MEI weiter an. Dies vor allem auch deshalb, weil Bundesrätin Sommaruga selbst erklärte, der Vorschlag der einseitigen Schutzklausel zur

Begrenzung der Zuwanderung sei lediglich der «Plan B» zur Umsetzung der MEI. Überdies konnte die zuständige Bundesrätin die Vereinbarkeit der vorgeschlagenen Lösung mit den bilateralen Verträgen nicht bestätigen. Erstaunen erregte schliesslich auch der Umfang der Botschaft, hatte man doch allgemein und angesichts der langen Vorbereitungsdauer eine weit ausführlichere Botschaft des Bundesrates erwartet.

In der Folge entschieden die Leitungsorgane der beiden Räte kurz danach, dass der Nationalrat als Erstrat das Geschäft zu behandeln hat. Dieses wurde zuständigkeitshalber der «Staatspolitischen Kommission» (SPK-N) zugewiesen, welche mitunter für die Beratung und Vorbereitung aller Geschäfte mit einem Bezug zum Ausländer- und Asylrecht zuständig ist. Die «Ausserpolitische Kommission» des Nationalrates reklamierte für sich noch die Möglichkeit der Abfassung eines Mitberichtes, da mit jeder Regelung ja auch die ausserpolitischen Beziehungen der Schweiz tangiert werden. Bereits in ihrer Sitzung vom 14./15. April 2016 befasste sich die



SPK-N erstmals mit dem Geschäft und legte dabei den Beratungsfahrplan fest. Getrieben von der Absicht, die Vorlage wegen der dreijährigen Übergangsfrist umgehend zu behandeln, war sich die Kommission rasch einig, dass das Geschäft möglichst rasch und ohne Verzögerungen beraten werden sollte. Dementsprechend wurden auch die zahlreichen Anträge der Parteien für die üblichen, meist zahlreichen Hearings zu Beginn eines Geschäftes abgelehnt. Die Kommission beschränkte sich auf die Anhörung einer Delegation der Konferenz der Kantone (KdK) sowie von Prof. Ambühl, der zuvor im Auftrag der Tessiner Regierung ein Modell für eine Zulassungsbegrenzung der Grenzgänger im Kanton Tessin entwickelt hatte.

Weiter beschloss die Kommission, noch einen Zusatzbericht über Gegenstand und Tragweite des sogenannten «Inländervorrangs» bei der Zulassung von Ausländern beim Staatssekretariat für Migration (SEM) in Auftrag zu geben. Dieser Inländervorrang war als Ei des Kolumbus von Ständerat Philipp Müller (FDP/AG) vorgängig in die politische Diskussion eingebracht worden. Dies obwohl der Inländervorrang bereits unter dem alten Recht während Jahrzehnten Geltung hatte und zudem auch vom Verfassungstext der MEI ausdrücklich verlangt wurde.

Nach den vorerwähnten Anhörungen sowie nach Vorliegen des Zusatzberichtes begann die Kommission mit den Detailberatungen. Die SVP scheiterte schon sehr früh mit ihrem Konzept, welches sich stark an die ehemalige «Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer (BVO)» anlehnte und im Wesentlichen auf Höchstzahlen und Kontingenten beruhte. Entgegen den Feststellungen des Kommissionssprechers Kurt Fluri während der Ratsdebatte hatte die SVP damit sehr wohl ein Konzept zur Umsetzung der MEI vorgeschlagen. Dieses Konzept war nicht nur klar, sondern dessen Umsetzung und Wirkung wären auch wirksam und absehbar gewesen und zwar im Sinne der vom Volk angenommenen Initiative. Dies ganz im Gegensatz zu dem von der Kommission in den Beratungen entwickelten, wenig wirksamen Inländervorrang. Das Modell dieses Inländervorranges hat sich mit 16 zu 9 Stimmen gegen das vom Bundesrat vorgeschlagene Modell der

**Heinz Brand, Klosters,  
Nationalrat  
Präsident der Staats-  
politischen Kom-  
mission des Nationalrates**



Höchstzahlen durchgesetzt. Der Bundesrat hatte immerhin vorgeschlagen, wenigstens bei Überschreitung eines Schwellenwertes auch für EU- und EFTA-Staatsangehörige noch Höchstzahlen vorzusehen. Mit 20 zu 3 Stimmen fand das Modell des «Inländervorrangs» auch gegen ein noch strengeres Modell eine Mehrheit, welches Höchstzahlen auch für EU- und EFTA-Bürger bereits im Gesetz festlegen wollte. Im unterwürfigen Bestreben, die Bilateralen Verträge in keiner Weise zu ritzen geschweige den zu verletzen hat die Kommission sogar auch noch die Regelung des Bundesrates, Höchstzahlen für Nichterwerbstätige einzuführen, mit 15 zu 10 Stimmen abgelehnt.

*«Ob das Geschäft bis am 9. Februar 2017 zu Ende beraten ist, lässt sich heute noch nicht beurteilen.»*

Die bereinigte Vorlage wurde schliesslich in der Gesamtabstimmung mit 16 zu 9 Stimmen angenommen. Dabei war wohl allen Kommissionsmitgliedern klar, dass die Umsetzung des Verfassungsauftrages, wie es Aufgabe der Kommission gewesen wäre, nicht erfüllt war. Dementsprechend war auch das Stauen der Journalisten in der anschliessenden Medienkonferenz

gross, als Ihnen das bescheidene Ergebnis der langen Kommissionsberatungen vorgestellt wurde.

Die Vorlage wird nun in der kommenden Wintersession vom Ständerat als Zweitrat behandelt. Bei Abweichungen zu den Beschlüssen des Nationalrats kommt das Geschäft zurück in unsere Kommission. Gegenstand der Diskussion sind dann nur noch die Differenzen zwischen den beiden Räten. Ob das Geschäft bis am 9. Februar 2017 zu Ende beraten ist, lässt sich heute noch nicht abschätzen, ob gegen die von beiden Räten verabschiedete Version der Umsetzung der MEI das Refe-

rendum ergriffen wird. Aus Sicht der SVP dürfte sich ein Referendum kaum rechnen, da bei einem Erfolg einfach wieder der unbefriedigende Status Quo gelten würde. Wie bei der Ausschaffungsinitiative bleibt wohl auch bei der MEI einzig der Weg über eine weitere Durchsetzungsinitiative der SVP; offenbar kann Volkes Auftrag nur so erfüllt werden.

## Aus der Redaktion

### Schwarze Wolken über der Schweiz!

Bestimmt nicht nur mir, sondern auch Ihnen wurde in der Schulzeit, sowie am Mittagstisch die Demokratie in unserem Land erklärt. Wie wichtig sie sei und wir darum unbedingt die Bürgerpflichten wahrnehmen und jeweils an den Abstimmungen teilnehmen sollen. Dieses sei ein Privileg, welches ansonsten kein Land ausser der Schweiz biete. Viele von uns haben dies verstanden, an den meisten Abstimmungen teilgenommen und unseren Kindern und der nächsten Generation die Tugenden der Schweizer weiter gegeben. Stecken Sie nun auch immer öfter in Erklärungsbedarf, wenn die Frage gestellt wird, ob solche Volksabstimmungen überhaupt etwas bringen?

Auch wenn wir Schweizerinnen und Schweizer, bei der Debatte vom 21. September 2016 von vielen Nationalräten nicht nur zum Gespött, sondern auf arroganteste Art und Weise ausgelacht wurden, sage ich JA zur direkten Demokratie. Denn das ist das einzige Instrument welches zulässt, dass solche «Möchtegern-Elite-Diktatoren», welche wissentlich und vorsätzlich den Volkswillen missachten, in Bern nichts mehr zu suchen haben. Darum empfehle ich unermüdlich; geben Sie nicht auf und äussern Sie Ihren Unmut. Volksentscheide und Volkswillen müssen umgesetzt werden. Mit der Vereidigung auf die Bundesverfassung haben die Parlamentarier darauf geschworen oder ein Gelübde abgelegt!

Hauptthema in dieser Ausgabe ist die Initiative «Steuererhöhung vors Volk». Weder ein Ja noch ein Nein zur Steuererhöhung steht hier zur Debatte, sondern die Mündigkeit und Mitbestimmung des Volkes. Es ist unser Geld, welches der Kanton ausgeben darf oder eben nicht. Darüber sollten Sie auch mitbestimmen dürfen.

Bilden Sie sich Ihre Meinung und bestimmen Sie den Weg!

Ihr Roland Staub  
Chefredaktion  
SVP Kurier



## AUS DEM NATIONALRAT



# «Habe mich für unser Parlament geschämt»

**Nationalrat Felix Müri im Interview**

*Redaktion: Felix Müri, Sie sind seit 2003 Mitglied des Nationalrats und somit ein erfahrener Parlamentarier. Haben Sie so etwas wie am 21. September 2016 schon mal erlebt?*

**Felix Müri:** Nein, in dieser Form habe ich das noch nicht erlebt. Ähnlich ging es jedoch schon bei der Ausschaffungsinitiative zu und her. Dieser Verrat am Volkswillen ist aber einmalig. Von Links bis Rechts, aber auch die Experten sagen, die Verfassungsbestimmung zur eigenständigen Steuerung der Zuwanderung wird so nicht umgesetzt. Und somit wird die direkte Demokratie mit diesem politischen Spiel der Linken und der FDP mit Füßen getreten.

*Beginnen wir von vorne: Vor fast drei Jahren, nämlich am 9. Februar 2014 hat das Volk zwar knapp aber mit einem demokratischen Entscheid unter anderem der eigenständigen Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung zugestimmt. Was waren dazumal Ihre ersten Gedanken.*

Ich habe mich natürlich sehr über diesen Entscheid von Volk und Ständen gefreut. Aber es war auch von Anfang an klar, dass die Class

politique, welche lieber der EU huldigt, diesen Volksentscheid verschleppen und hintertreiben würden. Der Bundesrat hat es verpasst, selbstbewusst und konsequent gegenüber der EU aufzutreten und hat auch die Umsetzung im Inland auf fahrlässige Weise hinausgezögert. Den Schlammassel dieser Politik sehen wir heute. Die Massenzuwanderung nimmt unweigerlich ihren Lauf.

*Der Bundesrat hat es verpasst, selbstbewusst und konsequent gegenüber der EU aufzutreten.*

*War für Sie von Anfang an klar, dass diese Initiative schwer umzusetzen ist?*

Mit dem nötigen politischen Willen ist diese neue Verfassungsbestimmung zur eigenständigen Steuerung der Zuwanderung umsetzbar. Man wollte nicht umsetzen. Das ist das Problem. In Bern zählt inzwischen ohne Wenn und Aber Brüssel mehr als die eigene Bevölkerung. Das Gejammer von einer schwierigen Umsetzung oder von der Quadratur des Kreises ist reine Propaganda. Die Politiker, aber insbesondere die Diplomaten und Beamten sind bezahlt dafür, sich für die Interessen der Schweizer Bevölkerung einzusetzen.

*Danach kamen unzählige Versuche mit der EU eine Lösung zu finden. Selbst die SP ist der Meinung, dass der Bundesrat auf der ganzen Linie versagt hat. Ist er nicht fähig zu verhandeln, oder anders gefragt, wieso muss ein eigenständiges Land überhaupt mit der EU über demokratische Volksentscheide verhandeln?*

Die Schweiz hat ein Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU, daher hätte richtig verhandelt werden müssen. Dies sieht die Initiative auch so vor. Der Bundesrat hat aber gegenüber der EU von Anfang an signalisiert, dass er ihr nachgeben würde. Er hat absichtlich schlecht gepokert und die EU pokert gut. Dazu kommt, dass viele Spitzenbeamte sehr EU freundlich sind und daher auch keine guten und harten Verhandlungspartner sein können.

*Und dann die Empfehlung von der Staatspolitischen Kommission (SPK-N). Alles in light-form und komplett gegen den Volksentscheid umzusetzen. 10 Punkte und keiner wurde von der SPK-N erfüllt?*

Die SVP hat sich konstruktiv in die Kommissionsarbeit eingebracht. Die SVP hat verschiedenste Konzepte vorgelegt seit 2014. Unsere Kommissionsmitglieder haben zig unterschiedliche Detailanträge vorgelegt und unsere Parteispitze hat zusammen mit der Wirtschaft und den anderen bürgerlichen Parteien an Lösungen gearbeitet. Diese Lösungen wurden dann aber von der FDP torpediert.



*Am 21. September kam es zur «Horror-Debatte» im Nationalratssaal. Es ging wohl den Parlamentarier nicht mehr darum den Volkswillen umzusetzen und sich an die Verfassung zu halten, sondern nur noch um die SVP zu demütigen. Es wurde nicht nur gegen die wahrheitsgetreue Umsetzung debattiert, sondern das Volk regelrecht ausgelacht. Die Schweiz und das Ausland haben dabei zugeguckt. Wie haben Sie sich als Vertreter der direkten Demokratie gefühlt?*

Ich habe mich in diesem Moment für unser Parlament geschämt. Ich verstehe mich als Volksvertreter und habe mich daher an den Volkswillen zu halten. Wie die anderen Parlamentarier der anderen Parteien dies mit ihrem Gewissen und ihrem Eid vertreten können, kann ich nicht nachvollziehen.

*Wie soll das nun weitergehen? Das Volk fühlt sich hinters Licht geführt. Das Parlament hat nicht nur den Volkswillen missachtet, es hat auch sein Gesicht gegenüber den Bürgern verloren. Das Vertrauen sinkt auf den tiefsten Stand der Geschichte.*

Es bleibt uns nichts anders übrig, als weiter für unsere Demokratie einzustehen, sowie saubere und konsequente politische Arbeit zu leisten. Die Bürgerinnen und Bürger müssen insbesondere bei den Wahlen andere Weichenstellungen vornehmen. Wenn sie wollen, dass ihre Entscheide auch umgesetzt werden, müssen die entsprechenden Leute in die Parlamente und Regierungen gewählt werden.

*Wieso werden Volksabstimmungen zugelassen, wenn sie danach nicht umgesetzt werden können?*

Man will wohl dem Schein nach die direkte Demokratie bewahren, wenn es aber um die eigenen Interessen und die eigenen Machtansprüche und Ideologien geht, verzichtet so mancher Politiker doch auf die Demokratie. Viele Politiker, aber auch Richter und Beamte empfinden den Volkswillen heute als lästig oder gar als Gefahr. Sie versuchen ja sogar offen die Volksrechte abzubauen in dem beispielsweise die

Unterschriftenzahlen oder sonstige Hürden für Volksinitiativen heraufgesetzt werden. Dies dürfen wir keinesfalls zulassen.

*Was bedeutet für Sie Ihre Vereidigung auf die Bundesverfassung?*

In der Bundesverfassung Artikel 1 steht, das Schweizer Volk und die Kantone bilden die Schweizerische Eidgenossenschaft. Der Volkswille und die Kantone stehen somit über dem Parlament, über der Regierung und über den Gerichten. Auf dieses Prinzip der direkten Demokratie habe ich meinen Eid abgelegt.

*Macht es überhaupt noch Sinn auf die Verfassung zu schwören? Ein Arzt verliert seine Zulassung, wenn er sein Versprechen bricht.*

Ja, es macht definitiv Sinn. Denn ohne Verfassung, d.h. ohne Volk und Stände gäbe es das Parlament nicht. Dies in Erinnerung zu rufen ist wichtig. Die Bürgerinnen und Bürger sind aber die Instanz, die bei jedem Parlamentarier beurteilen muss, ob das noch

stimmt oder nicht. Die Wähler sind in der Pflicht, Verfassungsbrecher und Verräter des Volkswillens zu verurteilen und einfach nicht mehr zu wählen.

*Wie wollen Sie das Volk motivieren, damit es weiterhin an die Urne geht, respektive an den Abstimmungen teilnimmt?*

Wenn wir aufgeben, hätte die politische Elite gewonnen und würde ungehindert tun, was sie will. Jetzt haben wir immer noch die Möglichkeiten dieses Spiel zu beeinflussen, Initiativen und Anliegen einzubringen oder grössere Schäden mit Referenden zu verhindern. Dieses Recht und dieses Privileg dürfen wir uns nicht nehmen lassen.

Interview: Roland Staub

## Emscha Schafmilchgenuss

**Biologisch • Regional • Nachhaltig**

Besuchen Sie unseren Bio-Bauernhof mit Käserei und erfahren Sie mehr bei einer Hofbesichtigung mit Degustation.

Anmeldungen unter:

Tel: 041 481 01 01


info@emscha.ch

www.emscha.ch



**KV Latten,  
Brettschichtholz,  
Ein- und Mehr-Schichtenplatten,  
Hobelwaren,  
Bauholz ...**

**Sidler Holz** – Produkte aus CH-Holz mit kurzen Beschaffungswegen sichern den Arbeitsplatz CH.

 **SIDLER**

**Abt. Holzindustrie** Postfach, 6207 Nottwil  
Telefon 041 937 11 44 Fax 041 937 20 44  
info@sidler-nottwil.ch **www.sidler-nottwil.ch**



Nationalrat  
Andreas Glarner

# Asylchaos, Anglerschein und Kalkutta

**«Falls Sie in einem Land leben, in dem Sie für das Fischen ohne Anglerschein bestraft werden, jedoch nicht für den illegalen Grenzübertritt ohne gültigen Reisepass, dann haben Sie das volle Recht zu sagen, dieses Land wird von Idioten regiert.» Was Milos Zeman, Präsident der Tschechischen Republik zwar nicht gerade sehr diplomatisch, aber umso zutreffender formuliert hat, kann auch für die Schweiz gelten...**

Seit Jahren wird uns vom Bundesrat vorgegaukelt, was alles besser wird mit irgendwelchen neuen Verträgen oder Revisionen und Reorganisationsen insbesondere im Asylbereich. Bei der von der SVP bekämpften Einführung der Schengen-Aussengrenze (im Jahr 2005) unter gleichzeitiger Aufhebung der Schweizer Grenzkontrolle versprach der Bundesrat im Bundesbüchlein mehr Sicherheit und tiefere Kosten.

In Tat und Wahrheit hat sich die Zahl der illegal Anwesenden in der Schweiz massiv erhöht, wie die Verstösse gegen das Ausländergesetz zeigen, und die Kosten belaufen sich nicht wie im Bundesbüchlein versprochen auf durchschnittlich 7,4 Millionen Franken sondern auf rund 100 Millionen Franken – pro Jahr, wohlverstanden. Als wir die Grenzen noch effektiv selber kontrollieren

durften, hatte das Grenzwachtkorps beispielsweise im Jahre 2002 rund 110'000 Personen zurückgewiesen und 32'000 an die Polizei übergeben – nun wird es als Erfolg vermeldet, dass bislang einige Tausend Personen aufgegriffen wurden... Das selbständige Sichern unserer Landesgrenzen mit Wiedereinführung wirksamer Grenzkontrollen ist das Gebot der Stunde.

Denn die Situation ist mehr als nur alarmierend: Weltweit befinden sich über 60 Millionen Menschen auf der «Flucht». Nur die Wenigsten fliehen, weil sie wirklich an Leib und Leben bedroht sind – die Meisten wollen aus rein wirtschaftlichen Gründen ihre

Heimat verlassen. Dies kann man den Leuten, die ein besseres Leben suchen, zwar nicht verübeln. Aber Europa kann und darf diese Leute nicht aufnehmen.

Man erinnert sich: Wesentlich angefeuert hat die neue Welle die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Selfies der Kanzlerin mit den ankommenden Fachkräften gingen innert Minuten um die Welt. Wenig zur Entspannung beigetragen haben auch die frenetisch «Refugees welcome» singenden Bahnhofsklatscher in München. Einen besseren Werbespot hätte auch die Schleppermafia nicht hingebracht.

Seit dem EU-Türkei-Deal und der Schliessung der Balkanroute geht die Post nun einfach im Süden ab. Nur – und das verkennen leider allzu viele der Gutmenschen – kommen nun ganz andere Personengruppen zu uns. Während es auf der Balkanroute tatsächlich zumindest noch teilweise Kriegs-

vertriebene aus Syrien hatte, kommen aus Richtung Süden zurzeit praktisch ausschliesslich Wirtschaftsflüchtlinge aus Afrika zu uns. Die Hitliste wird angeführt von Leuten aus Nigeria, Eritrea und Gambia – dicht gefolgt von der Elfenbeinküste, Sudan und Guinea. Auch die Zusammensetzung der Migranten ist eine ganz andere als auf der Balkanroute – aus Süden kommen gemäss UNHCR in der absoluten Mehrheit (über 70%) junge Männer...

Es muss der Schweiz deshalb gelingen, die Südgrenze weiterhin wirksam zu schützen und trotz der Mitleid erheischenden Pressebilder aus Como hart zu bleiben. Gelingt dies nicht, werden wir von einer nie dagewesenen Welle überrollt werden, die aufzuhalten unsere Kräfte und Möglichkeiten bei Weitem übersteigen wird.

Nach einer Reise in Flüchtlingscamps in Griechenland und der Türkei bin ich überzeugt denn je: Wir müssen vor Ort helfen. Mit aktiver Hilfe vor Ort muss niemand einen kriminellen Schlepper bezahlen, niemand in ein gefährliches Boot steigen und niemand eine halbsbrecherische Überfahrt riskieren. Und vor allem: Es sind alle schnell wieder zu Hause, wenn sich die Situation gebessert hat. Ebenso ist zu bedenken, dass ein Schweizer Franken vor Ort ein Mehrfaches an Wert und Wirkung hat, als hierzulande, wo sich eine ganze Hilfsindustrie an diesem höchst profitablen und offensichtlich schier unerschöpflichen Honigtopf des Staates labt.

Europa täte gut daran, das Problem endlich auf der anderen Seite des Mittelmeers anzugehen. Anstelle der Übernahme der Flüchtenden in die Patrouillenboote müssten die Boote der Schlepper innerhalb der 12-Meilen-Zone abgefangen und konsequent zurückgeschafft werden. Nachdem die Insassen wieder an Land sind, müssten die Boote konsequent vernichtet werden. So kann klar kommuniziert werden, dass sich eine Überfahrt nach Europa nicht lohnt. Die Lieferung von Booten und Rettungswesten in diese Länder ist zu unterbinden, Container aus Fernost mit solchen Artikeln sind am Hafen zu stoppen, auszuräumen und die Waren publikumswirksam zu vernichten.

*«Die Selfies der Kanzlerin mit den ankommenden Fachkräften gingen innert Minuten um die Welt»*



«Die Lieferung von Booten und Rettungs-westen in diese Länder ist zu unterbinden»

Der Vollzug ist endlich an die Hand zu nehmen. Es darf nicht sein, dass gewisse Kantone das geltende Recht nicht vollziehen. Statt immer mehr Leute als «vorläufig Aufgenommene» in die Kantone und Gemeinden zu verteilen, muss – wer keinen echten Asylgrund hat – konsequent ausser Landes geschafft werden. Das Dubliner-Abkommen ist rigoros durchzusetzen – denn nähme man dieses für bare Münze, so müsste die Schweiz praktisch keine Flüchtlinge aufnehmen...

Schon Peter Scholl-Latour sagte: Wer halb Kalkutta aufnimmt, rettet nicht Kalkutta, sondern wird selbst Kalkutta – und genau so wird es Europa und der Schweiz ergehen, wenn es nicht gelingt, diese veritable Völkerwanderung und Invasion auf Europa zu stoppen.

## SVP Luzern TV

das Internetfernsehen der SVP Kanton Luzern



Seit Mai 2013  
1 x pro Monat!

Ungefiltert  
und direkt!

Der Moderator des SVP Luzern TV Roland Staub im Gespräch mit dem SVP Kantonalpräsident und Nationalrat Franz Grüter.

In regelmässigen Abständen greift die SVP Kanton Luzern im SVP Luzern TV brisante und aktuelle nationale und kantonale Themen auf – so, wie Sie Ihnen die Massenmedien verschweigen!



youtube.com/  
svpkantonluzern

# Die Missachtung der Bundesverfassung

Am 9. Februar 2014 hat das Schweizer Volk dem Zuwanderungsartikel 121a in der Bundesverfassung zugestimmt. Der Umsetzungs-Vorschlag der SPK-N erfüllt keine dieser Verfassungsbestimmungen. Deshalb hat die Fraktion der SVP beschlossen, die Vorlage gemäss Einzelantrag von Fraktionspräsident Adrian Amstutz an die Kommission zurückzuweisen:



## Rückweisungsantrag im Wortlaut:

Die Vorlage 16.027 ist an die SPK-N zurückzuweisen mit dem Auftrag, sie gemäss Auftrag von Volk und Ständen verfassungskonform auszugestalten.

## Begründung

Der von der SPK-N ausgearbeitete Vorschlag zur Umsetzung von Art. 121a der Bundesverfassung sowie den entsprechenden Übergangsbestimmungen ist klar verfassungswidrig. Der Verfassungsauftrag von Volk und Ständen lautet:

NICHT  
ERFÜLLT!

### Art. 121a BV

<sup>1</sup> Die Schweiz steuert die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig

NICHT  
ERFÜLLT!

<sup>2</sup> Die Zahl der Bewilligungen für den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz wird durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente begrenzt.

NICHT  
ERFÜLLT!

Die Höchstzahlen gelten für sämtliche Bewilligungen des Ausländerrechts unter Einbezug des Asylwesens.

NICHT  
ERFÜLLT!

Der Anspruch auf dauerhaften Aufenthalt, auf Familiennachzug und auf Sozialleistungen kann beschränkt werden.

NICHT  
ERFÜLLT!

<sup>3</sup> Die jährlichen Höchstzahlen und Kontingente für erwerbstätige Ausländerinnen und Ausländer sind auf die gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz unter Berücksichtigung eines Vorranges für Schweizerinnen und Schweizer auszurichten;

NICHT  
ERFÜLLT!

die Grenzgängerinnen und Grenzgänger sind einzubeziehen.

NICHT  
ERFÜLLT!

Massgebende Kriterien für die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen sind insbesondere das Gesuch eines Arbeitgebers,

NICHT  
ERFÜLLT!

die Integrationsfähigkeit und eine ausreichende, eigenständige Existenzgrundlage.

NICHT  
ERFÜLLT!

<sup>4</sup> Es dürfen keine völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen werden, die gegen diesen Artikel verstossen. (Kroatien-Protokoll)!

«Würden wir Aufträge von Vorgesetzten nicht ausführen, müssten wir wohl einen neuen Arbeitgeber suchen!» Das Volk



## Referendum gegen das Energiegesetz

Der Parteiausschuss der SVP Schweiz hat beschlossen, dank Unterstützung gewisser Verbände und Unternehmen, das Referendum gegen das ruinöse Energiegesetz zu ergreifen. Mit Kosten von über 200 Milliarden Franken greift dieses verantwortungslose Gesetzespaket massiv in alle Lebensbereiche eines jeden Einzelnen von uns ein und bürdet insbesondere auch den nachfolgenden Generationen immense Lasten auf. Es ist zwingend notwendig, dass die Bürger, Mieter, Hausbesitzer, Autofahrer und Gewerbler zu einer derartigen Erhöhung ihrer Lebenshaltungs- und Unterhaltskosten an der Urne Stellung nehmen können.

Innert drei Monaten müssen 50'000 Unterschriften gesammelt werden. Das ist deshalb schon sportlich, da auch noch die Weihnachtstage dazwischen liegen. Auf Ihr Engagement zählt die SVP Schweiz. Mit dem beigelegten Unterschriftenbogen helfen Sie mit, damit die Bevölkerung darüber entscheiden kann, ob sie höhere Kosten und Bevormundung, oder eben wieder mehr Eigenverantwortung und Besonnenheit will.

### 3'200 Franken Mehrkosten pro Familie/pro Jahr

Abgabe	zusätzliche Kosten	Verbrauch/Jahr	Betrag
Strom	+ 3 Rp. / kWh KEV	5'000 kWh	Fr. 150.–
Heizöl	+ 67 Rp. / Liter	3'000 Liter	Fr. 2010.–
Benzin	+26 Rp. / Liter	20'000 km	Fr. 416.–
Konsum	Preiserhöhungen Produkte		Fr. 650.–
Minimale Mehrkosten/Jahr/4-köpfiger Familie			Fr. 3200.–

### Das Komitee kann bis heute auf die Unterstützung folgender Verbände und Organisationen zählen:

- ASTAG – als Nutzfahrzeugverband
- Auto Schweiz – als Vereinigung der offiziellen Automobilimporteure
- AVES – Aktion für eine vernünftige Energiepolitik
- Bund der Steuerzahler
- Freie Landschaft Schweiz
- Gastro Suisse
- Swissmem – als Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie
- Swiss Plastics – als Verband der Schweizer Kunststoffindustrie
- Swissoil – Verband der Ölhändler
- Verein Kettenreaktion

## JEDE UNTERSCHRIFT ZÄHLT!

Weitere Unterschriftenbogen können unter [www.energiegesetz-nein.ch](http://www.energiegesetz-nein.ch) bestellt werden.

## EIDGENÖSSISCHE VOLKSABSTIMMUNG

## Kündigen ohne Sicherheit – Die Linken und Grünen scheinen dies zu können.

Sollten drei von fünf Schweizer Kernkraftwerken bereits nächstes Jahr abgeschaltet werden, wie von den Initianten gefordert, reden wir nicht mehr von einem geordneten Ausstieg, sondern von einem «Stellen wir mal ab und schauen was passiert!» Oder empfehlen Sie in der heutigen Zeit in Ihrem Umfeld eine Arbeitsstelle zu kündigen, ohne eine neue Anstellung zu haben? Die Linken und Grünen können das anscheinend.

Diese chaotische Sofortabschaltung ist nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für den Wohlstand und Sicherheit in unserem Land gefährlich und unverantwortlich.

Bei einem Ja zur Initiative fallen in der Schweiz bereits im Winter 2017 15 Prozent der Stromproduktion weg, genau dann, wenn selbst alle fünf Kern-

kraftwerke nicht genügend Strom liefern und dieser importiert werden muss. Bis 2029 wären es gar 40 Prozent. Heute verfügt die Schweiz über eine sehr sichere Stromversorgung. Mit der Ausstieginitiative setzen wir dies aufs Spiel.

Die notwendigen Ersatzkraftwerke können im Inland nicht rechtzeitig gebaut werden. Als Alternative blieben nur massiv mehr Stromimporte, die unser Land noch abhängiger vom Ausland und von ökologisch bedenklichem Kohlestrom machen. Schalten wir die Kernkraftwerke vorzeitig ab, drohen Entschädigungsforderungen der Betreiber in Milliardenhöhe. Hinzu kommen massive Kosten für den vorzeitigen Neu- und Ausbau von Ersatzkraftwerken. Diese würden am Ende auf die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler abgewälzt.

### Nein zur extremen Ausstieginitiative



Haben Sie Schwierigkeiten beim Lesen?  
Licht an – heute geht's noch!



## «KANTON LUZERN»



## Sagen Sie am 27. November 2016 «JA», damit Sie in Zukunft die Wahl haben JA oder NEIN zu sagen!

Im April 2015 konnte die SVP Kanton Luzern mit über 4'500 Unterschriften die Kantonale Initiative «Steuererhöhung vors Volk» gültig einreichen. Bei dieser Initiative geht es um die Einbindung von Bürgerinnen und Bürger bei Steuererhöhungen. Die Direktbetroffenen einer Steuererhöhung sollen mit der Wahrnehmung ihres Mitspracherechts mitentscheiden, ob sie diese zukünftige finanzielle Last auf sich nehmen wollen. Sie als mündiger und verantwortungsvoller Bürger oder Bürgerin sollen den Weg mitbestimmen können.

Heute setzt im Kanton Luzern der Kantonsrat den Steuerfuss fest. Nach der Verabschiedung einer Steuerfusserhöhung durch das Parlament kann das Referendum ergriffen werden. Innert 60 Tagen sind 3'000 Unterschriften zu sammeln. Diese Sammelfrist beginnt nach der Publikation im Kantonsblatt, ca. Mitte Dezember und erstreckt sich über die Feiertage und in einigen Jahren auch über die Fastnachtszeit. Diese Regelung erschwert die Wahrnehmung eines demokratischen Rechts und verunmöglicht fast die Sammlung der erforderlichen Unterschriften.

Der Regierungsrat warnt davor, dass bei der Annahme dieser Initiative eine budgetlose Phase im Kanton entstehen könnte. Dies entspricht nicht ganz der Wahrheit, denn auch mit der Ergreifung des fakultativen Referendums besteht bis Ablauf der Referendumsfrist der gleiche Zustand. Ein Zeitraum der Unsicherheit und der eingeschränkten Handlungsfähigkeit besteht also in beiden Fällen. Mit der Annahme der Initiative

wird der Regierungsrat dazu angehalten den Budgetprozess einige Monate vorzuverlegen, wie dies in anderen Kantonen auch der Fall ist. Damit könnte das Parlament die Beratungen früher vornehmen und das Volk bei einer geplanten Steuer-

fusserhöhung noch im gleichen Jahr abstimmen. Damit bestünde Ende des Jahres Klarheit.

Die SVP reagierte mit der Initiative «Steuererhöhung vors Volk» auf den Beschluss des Kantonsrates vom Dezember 2013: Der Steuerfuss für die Jahre 2014 bis 2016 wurde von 1.5 auf 1.6 Einheiten erhöht. Eine Mitsprache des Volkes war hier nicht möglich, weil ein gesetzlich festgelegter Schwellenwert von 1.6 Einheiten existiert, unter welchem das Volk kein Mitspracherecht hat. Bei einer Erhöhung des aktuellen Steuerfusses besteht auch weiterhin kein obligatorisches Referendum.

### Geld ausgeben gemäss Volkswillen

Sie als Bürgerin oder Bürger haben ein Mitspracherecht und tragen diesen demokratischen Entscheid mit. Sie bestimmen zudem als Steuerzahler die Höhe der Mittel, welche das Parlament für kantonale Leistungen zur Verfügung haben soll. Ja oder Nein zur Steuererhöhung ist nicht Thema dieser Initiative – Mitspracherecht von mündigen Bürgerinnen und Bürger ist das zentrale Anliegen!

**Darum: Bestimmen Sie den Weg! Und stimmen Sie «JA» zur Initiative «Steuererhöhungen vors Volk».**



«Es gehört zu den bewährten Traditionen in der Schweiz, dass das Volk das letzte Wort hat. Auch bei den Steuern! Deshalb stimme ich JA!»

Franz Grüter, Nationalrat, Eich



«Es gilt zu entscheiden, ob der Bürger in Bezug auf Steuererhöhungen mitbestimmen können soll oder nicht. Von mir ein klares JA zur Mitbestimmung!»

Oliver Imfeld, Vize-Präsident SVP Kanton Luzern, Einwohnerrat Horw



«Der Bürger soll das letzte Wort haben – auch bei den Steuern!»

Lisa Zanolla  
Unternehmerin, Kantonsrätin,  
Grossstadträtin, Luzern



«Das Luzerner Volk ist mündig und hat eine Meinung. Darum Ja zum Mitspracherecht!»

Roland Staub,  
Chefredaktor SVP Kurier, Geiss

## Was will die Initiative

### Mitspracherecht

In unserer direkten Demokratie darf das Volk als oberster Souverän über wichtige und weniger wichtige, einfache, aber auch komplexe Themen abstimmen. Das Volk hat das letzte Wort und kann parlamentarische Entscheide unterstützen oder ablehnen.

Eine Volksabstimmung führt zu besserer Kontrolle der Macht, aber auch breiterer Abstützung von Entscheidungen. Sie ist ein Vertrauensbeweis und eine Kompetenzverschiebung hin zum Volk. Die direkte Demokratie garantiert Wohlstand, Sicherheit und Stabilität in unserem Kanton.

In der Vergangenheit hat das Volk bewiesen, durchaus wirtschaftliche und soziale Verantwortung übernehmen zu können. So beispielsweise bei Abstimmungen wie mehr Ferien, weniger Arbeit, Mindestlohn oder gar bedingungslosem Grundeinkommen. Wenn es aber um den Steuerfuss im Kanton geht, soll der Bürger nur beschränktes Mitspracherecht haben? Wir meinen NEIN.

Das Vertrauen gegenüber dem Volk ist höher, als das gegenüber dem Parlament. Rund 300'000 Stimmbürger ergeben ein demokratischeres Resultat, als das von 120 Kantonsräte.

### Ja oder Nein

Bei einer Annahme dieser Initiative steht dem Bürger frei, für oder gegen eine Steuererhöhung zu stimmen. Das Volk ist in der Lage, dies zu beurteilen.

### Was geschieht nach einer Annahme dieser Initiative

**Der Regierungsrat und Kantonsrat muss die Budgetdebatte genügend früh ansetzen und eine obligatorische Volksabstimmung in den Terminplan miteinbeziehen. Dies verhindert überraschende Referenden und einen budgetlosen Zustand im Kanton.**

## Interview mit Fraktionschef Guido Müller

*«Der mündige Stimmbürger soll bestimmen, ob er dem Staat mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen will. Bei uns bestimmt das Volk»*

**Guido Müller, Kantonsrat Fraktionspräsident SVP**



*Guido Müller, Sie haben zusammen mit mehreren Ratskollegen die Initiative «Steuererhöhung vors Volk» lanciert. Was war damals Ihr Hauptanliegen*

Die Steuerzahler im Kanton Luzern sollen demokratisch darüber entscheiden können, ob sie dem Staat mehr eigene finanzielle Mittel zur Verfügung stellen wollen. Als Direktbetroffene haben sie ein Recht darauf. Die Regierung und das Parlament hatten sich in den letzten Jahren statt für Sparen für höhere Steuern entschieden. Nun soll das Volk in dieser Frage das letzte Wort haben.

*Die SVP ist bekannt, dass sie gegen Steuererhöhungen ankämpft. Geht es bei dieser Abstimmung nun darum, in Zukunft jede Erhöhung zu bekämpfen?*

Nein. Jeder Staatsbürger ist auch Empfänger staatlicher Leistungen. Die Mehrheit der Stimmbürger soll darüber entscheiden, ob sie bereit ist, dem Staat mit einer höheren Steuerbelastung mehr finanzielle Mittel zuzugestehen. Damit verzichtet der Stimmbürger auf die Verfügbarkeit eines weiteren Teils der von ihm erarbeiteten finanziellen Mittel zu Gunsten der Verwaltung und der Allgemeinheit.

*Der Regierungsrat ist gegen ein automatisches Referendum-Gesetz. Traut sie der Bevölkerung keine Verantwortung zu?*

Gemäss Gesetz unterliegen Steuerfussanpassungen über 1,6 Einheiten dem fakultativen Referendum, d.h. auch Senkungen. Das Parlament und die Regierung nehmen für sich in Anspruch die Mehrheitsmeinung der Stimmbürger zu vertreten. In unserer Demokratie sollen sie auch bereit sein in einer solchen wichtigen Frage die Volksmeinung der Betroffenen einzuholen.

*Auch das kantonale Parlament, ausser der SVP, findet die Mitbestimmung vom Volk unnötig. Die SP hätte man als Partner gewonnen, wenn nicht nur die Erhöhung, sondern auch die Steuersenkung referendumspflichtig wäre. Warum will das die SVP nicht?*

Eine Volksabstimmung kostet den Kanton ca. 300'000 Franken. Nach meinem Wissenstand war es in der Schweiz noch nie der Fall, dass die Stimmbevölkerung über eine Steuersenkung befragt wurde. Da ich überzeugt bin, dass das Volk eine solche Steuerfussreduktion in jedem Fall zustimmen würde, kann auf solche Abstimmungen verzichtet werden. Die eingesparten Mittel können für andere Staatsaufgaben besser eingesetzt werden.

*Luzern steckt mitten in einem Sparpaket. Alle sehen ein, dass es Sparmassnahmen braucht. Aber niemand möchte was von sich preisgeben. Kürzlich wurde die SP-Initiative «für eine faire Unternehmenssteuer» vom Volk abgelehnt. Wie kommt der Kanton Luzern zu mehr Einnahmen, wenn nicht durch Steuererhöhung?*

Die Steuerpolitik der letzten Jahre, der speziell auch die SVP zum Durchbruch verholfen hat, hat gezeigt, dass ein Kanton mit einer nachhaltigen Tiefsteuerstrategie für Unternehmen und Privatpersonen attraktiv ist. Darum konnte die Abwanderung finanzstarker Steuerzahler und Firmen gestoppt werden, ja wir verzeichnen sogar einen positiven Zuwanderungssaldo. Aus der ehemaligen Steuerhölle Luzern wurde ein beliebter Wohn- und Arbeitsort und die Steuereinnahmen sind gestiegen. Wir haben also höhere Einnahmen dank einem tiefen Steuerfuss und einem steuerzahlerfreundlicherem Steuergesetz. Höhere Steuern führen nur sehr kurzfristig zu höheren Einnahmen. Wem die Steuerbelastung zu hoch wird, meldet

sich aus dem Kanton Luzern ab und zahlt in einem attraktiveren Kanton seine Steuern. Die Lücken müssen dann die verbleibenden Steuerzahler mit einer überproportionalen Mehrbelastung ausgleichen. Den Letzten beißen die Hunde.

*Finanzminister Marcel Schwerzmann droht bereits heute mit Steuererhöhung für Bürgerinnen und Bürger. Wird die SVP dagegen ankämpfen?*

Er droht nicht nur, sondern rechnet diese bei seiner Finanzplanung bereits ein. Aktuell sprechen wir von ca. 2/20 geplanter Steuererhöhung zu den nicht rückgängig gemachten Erhöhungen von 2/20 seit 2014. Da die Mehrheit der aktuellen Luzerner Regierung nicht gewillt ist ihre Führungsverantwortung gegenüber der Verwaltung wahrzunehmen um mögliche Einsparungen durch effizientere Erbringung von Leistungen, durch Anpassung bestehender Leistungen, usw. zu realisieren, will er die Differenz mit Steuererhöhungen zu Lasten der Steuerzahler ausgleichen. Es erscheint der Regierung wohl einfacher zu sein, das Geld bei den Steuerzahlern abzuholen, als sich bei der Zentralverwaltung durchzusetzen. Dagegen wird die SVP ankämpfen und das Referendum ergreifen.

*Am 27. November stimmen Bürgerinnen und Bürger darüber ab. Welche Aktivitäten darf man in Luzern noch von der SVP erwarten?*

Wir werden einen aufklärenden Abstimmungskampf führen in dem wir die Stimmbürger dazu sensibilisieren wollen, sich das demokratische Recht der Mitbestimmung in dieser wichtigen Frage zu erhalten.

Interview: Roland Staub



## Sempachertag

# BREXIT – «es taget...»

**Kantonalpräsident und Nationalrat Franz Grüter begrüsst die SVP-Familie an der «luzernischen Albisgütli-Tagung» mit einem Zitat von SVP Übervater und Strategie Christoph Blocher: «Grossbritannien hat dem Brexit zugestimmt, es taget!»**

Wie jedes Jahr trafen sich am 9. September im Wirtshaus zur Schlacht ob Sempach die Parteimitglieder sowie die zahlreich geladenen Gäste zum grössten Luzerner Parteitag, dem Sempachertag der SVP Luzern. Erneut war die Veranstaltung, welche in diesem Jahr von einem neuen Organisationskomitee getragen wurde, bis auf den letzten Platz gefüllt.

Mit viel Witz und Charme eröffnete Albert Rösti, seines Zeichens Präsident der SVP Schweiz, seine Festrede. Beeindruckt zeigte er sich vorab von der musikalischen Darbietung. Wenn er nur annähernd so gut Schwiizer-Örgeli spielen könnte, wie Fabian, René und Irene von «Die Gächä», so wäre er wohl nie Politiker geworden. Und da nun die Herkunft seines Familiennamens in etwa gleichbedeutend mit steil und «gäch» ist, sei er gewissermassen heute auch ein «Gächä».

*«Wenn ich nur annähernd so gut Schwiizer-Örgeli spielen könnte, wäre ich wohl nicht Politiker geworden!»*

Albert Rösti

Etwas ernster wurde Albert Rösti dann aber im weiteren Verlauf seiner Rede. Es sei durchaus bedenklich, in welche Richtung sich die Schweiz entwickle. Und gerade die bevorstehenden Abstimmungen seien wegweisend für die Zukunft der Schweiz. Viele Bürgerinnen und Bürger müssten auf die drohende, missliche Lage aufmerksam gemacht werden. Laut Rösti gibt es noch viel Erklärungsbedarf. Und jeder Einzelne sei angehalten, in seinem Umfeld diese Aufklärung zu übernehmen. Rösti nannte darum das Übel gleich beim Namen und formulierte die Probleme aus, so dass auch der Hinterste und Letzte



*Die Politiker haben lieber das Handy vor der Nase, als der Wirklichkeit in die Augen zu schauen!*

im Saal künftig Bescheid weiss. Ein «gäch» aber gangbarer Weg, den die SVP vor sich hat.

Vorallem kritisierte Rösti das Verhalten der vereidigten Mitte-links-Parlamentarier, welche das Volk verraten, indem sie dessen Willen nicht respektieren und umsetzen

Schweizer zu bewahren. Bedenklich findet Rösti auch, dass sich die Politiker viel lieber ihrem Handy widmen, als der Wirklichkeit in die Augen zu sehen. Gerade beim Vorbeigehen an der Statue von Winkelried im Bundeshaus sollte man sich seiner Aufgabe als pflichtbewusster Politiker stets aufs Neue bewusst sein. In den Kommissionssitzungen und Ratssälen zeigt sich dann aber bei den Abstimmungen, dass dem leider nicht immer so ist.

Mit der vermeintlichen Gasse für die Freiheit sprach Rösti aber auch sinnbildlich die Verhältnisse im Süden unseres Landes an. Es darf nicht sein, dass wir einfach die Schleusen öffnen und zum einzigen Tor nach Norden für die Flüchtlingsströme werden, während die umliegenden Länder ihre Grenzen dicht machen. Mit einer Öffnung würde man zudem das Schlepperwesen weiter begünstigen, was definitiv nicht im Interesse der SVP ist.

Als zweiter Gastredner trat der Urner Landrat Christian Arnold-Fässler ans Rednerpult. Auch ihm

geling es, sich sogleich beim Publikum beliebt zu machen. Denn wenn damals bei der Schlacht bei Sempach mit Winkelried schon ein Arnold im Zentrum stand, so müsste es ein gutes Zeichen sein, wenn jetzt wieder ein Arnold an der Front stehe.

Und in genau dieser Position präsentierte der SVP-Politiker denn auch die Vorzüge und Schönheiten seiner Heimat. Aufbauend auf den vier Stichworten Wirtschaft, Transit, Landschaft und Natur vermittelte er interessante Neuigkeiten und Fakten. Der Kanton Uri ist definitiv weit mehr als nur ein Transitzkanton, der meist mit langen Staus, der NEAT oder dem neulich eröffneten, längsten Eisenbahntunnel in Verbindung gebracht wird. Es gibt durchaus viele Schönheiten und Naturspektakel zu entdecken.

Alles in allem dürfen die Veranstalter des diesjährigen Sempachertages auf einen gelungenen Event zurückblicken. Gespannt darf man sich schon auf das Programm des nächsten Sempachertages freuen.

Komitee «Sempachertag»

## Burka bringt Altbekannten zurück nach Luzern

**Wenn auch nur für kurze Zeit. Anian Liebrand hielt ein eindrückliches Referat über die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot», welche unter der Führung von Nationalrat Walter Wobmann und dem Egerkinger Komitee lanciert worden ist.**

Unter der Flagge «Politik am Dritten» organisierte die JSVP Luzern mit Präsident Christian Huber einen aufklärenden Vortrag. Als Gastredner präsentierte Huber den ehemaligen Luzerner Politiker und heute im Kanton Zürich lebenden Anian Liebrand. Er sei zwar weder Theologe noch Religionsexperte, habe aber einiges zu sagen über politische Fakten und Argumente. So erklärte er den meist jüngeren Anwesenden den Unterschied zwischen Hidschab, Tschador, Niqab und Burka.

Schliesslich sei wichtig zu wissen, dass von der Initiative bloss jene muslimischen Verhüllungsformen betroffen seien, mit welchen das Gesicht verhüllt wird – also nur die Burka und der Niqab. Dass ein Burkaverbot men-

schenrechtskonform sei, beweisen auch andere europäische Länder. So kennen zum Beispiel Länder wie Italien, Belgien, Niederlande oder Frankreich mindestens ein Teilverbot. Weitere Länder wie Deutschland oder Bulgarien prüfen das Burkaverbot bereits. In der Schweiz kennt bereits der Kanton Tessin Verbot von Vollverhüllung im öffentlichen Raum. Die Tessiner haben im September 2013 abgestimmt und dazu mit 66% Ja gesagt. Seit dem 1. Juli 2016 ist das Verhüllungsverbot in Kraft. Die positive Erfahrung, welche alle Beteiligten im Tessin täglich erleben können, führte auch schweizweit zu einem Umdenken. So sprach sich der Nationalrat am 27. September überraschend für ein Verhüllungsverbot aus. «Bei uns in der Schweiz zeigt man sein Gesicht» – so bringt Liebrand die



JSVP Präsident Christian Huber übergibt die «Gurka» an Gastredner Anian Liebrand.

ganze Thematik auf den Punkt. Liberal zu sein heisse eben, dass man sich frei bewegen kann. Das Tragen einer Burka hat nichts mit Religion und Freiheit, sondern mit Unterdrückung von Frauen und radikalen Grundgedanken zu tun. Interessant ist, dass bekannte muslimische Persönlichkeiten ein Verhüllungsverbot unterstützen. So zum Beispiel Saïda Keller-Messahli (Präsidentin Forum für einen fortschrittlichen Islam) oder der Imam Mustafa Memeti (Präsi-

dent des Albanisch Islamischen Verbands).

Die Hälfte der benötigten Unterschriften wurde bis Anfang Oktober 2016 bereits gesammelt. Bis am 15.09.2017 müssen aber noch mindestens weitere 50'000 Unterschriften zusammen kommen. Mit den Worten «Zürich ist nicht weit weg von meiner Heimat» verriet Liebrand, dass er im Herzen weiter Luzerner bleibt.

Redaktion SVP Kurier

## «AUF EIN BIER, MIT DIR»

### – heute mit Andrea Blum, Bezirksrichterin

*Warum sind wir gerade hier in diesem Lokal?*

Mir gefällt es in der wunderschönen Luzerner Altstadt. Im Zunft- hausrestaurant Pfistern kann man sich gemütlich unterhalten und gemeinsam ganz ungestört ein Bier trinken.

*Dich trifft man gerne auch in der Natur, auf Berggipfeln oder an einem schönen See. Wo erholst Du Dich am allerliebsten von Deinem ausgefüllten Alltag?*

An genau diesen Orten, ganz besonders aber sicherlich in den Bergen. Die Ruhe und Natur- nähe hilft mir abzuschalten und aufzutanken.

*Hast Du ein Hobby, welches bei Deinen Kollegen immer wieder für Verwunderung oder gar Kopfschütteln sorgt?*

Seit frühester Kindheit bis zur Geburt meines Sohnes verbrachte ich jede freie Minute mit grosser Begeisterung im Pferdestall. Für Kopfschütteln sorgte dieses Hobby bei Freunden allerdings nie, eher für Bewunderung.

*Für was gibst Du gerne Geld aus – Essen, Auto, Geschenke?*

Für Bücher und Reisen. Ich lebe aber eher bescheiden, Materielles interessiert mich nur bedingt.

*Als neu gewählte nebenamtliche Richterin des Bundesstrafgerichts zieht es Dich oft ins Tessin. Welche kulinarische Spezialität würdest Du einem Tessiner aus der Zentralschweiz als Geschenk mitbringen?*

Da muss ich nicht lange überlegen. Luzerner Rägetröpfli oder eine Zuger Kirschtorte stehen



ganz weit oben auf meiner persönlichen Geschenkliste.

*Richter/-innen aller Stufen werden bekanntlich aufgrund der politischen Kräfteverhältnisse gewählt. Verträgt sich die Anwendung des Rechts überhaupt mit dem politischen Auftrag?*

Wir haben keinen politischen

Auftrag. Bei der Gesetzesanwendung orientieren wir uns an der geltenden Gerichtspraxis. Höchstens da, wo Ermessensspielraum besteht, können persönliche Überzeugungen zum Tragen kommen. Die Auswirkungen der Parteizugehörigkeit von Richtern bei der Gesetzesanwendung werden aber generell stark überschätzt.

*Wen sollen wir als nächstes befragen und warum gerade diese Person?*

Mich würde es interessieren, mehr über Lisa Zanolla zu erfahren. Sie ist eine interessante, starke Persönlichkeit mit langjähriger und vielseitiger politischer Erfahrung und einem beachtlichen Leistungsausweis.

Interview: Stefan Locher



## ORTSPARTEIEN

### 20 Jahre Ortspartei Entlebuch



**Die Ortspartei SVP Entlebuch feiert dieses Jahr ihr 20-Jahr-Jubiläum. Aus diesem Anlass besuchte eine Delegation aus dem Entlebuch das Bundeshaus in Bern.**

In den vergangenen 20 Jahren hat sich die Ortspartei als wichtige Partei etabliert. Im Jubiläumsjahr gibt es natürlich Grund zu feiern. Mit dem Ausflug ins Berner Bundeshaus nützten viele Mitglieder die

Gelegenheit, die politische Debatte im Nationalrat live auf der Tribüne mitzuverfolgen. Die Luzerner SVP-Nationalräte Felix Müri und Franz Grüter sowie der gebürtige Schüpfheimer Walter Wobmann (SO) liessen es sich nicht nehmen, in einem offenen Gespräch mit den Entlebuchern die aktuelle politischen Themen zu diskutieren.

Die aktuelle Diskussion um die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative gab Anlass für viele Fragen. Gleicher Meinung war man sich, dass mit der aktuellen Vorlage des Nationalrats falsche Anreize gesetzt werden, und damit die Masseneinwanderung zusätzlich beschleunigt wird. Nationalrat Müri stellt klar: «Während viele Länder in Europa derzeit ihre Asyl- und Ausländergesetzgebungen ver-

schärfen, haben die Parlamentarier der CVP und FDP zusammen mit den Linken in Bundesbern einer Vorlage zugestimmt, die dem Volkswillen überhaupt nicht gerecht wird. Sollte die Gesetzesvorlage im Ständerat nicht noch substantiell verschärft werden, behält sich die SVP vor, das Referendum dagegen zu ergreifen.»

Nach diesen hitzigen Diskussionen fanden die Entlebucher (wie kann es auch anders sein) einen gemütlichen Ausklang. Mittagessen mit den Ratskollegen, mit dem Besuch der Altstadt und des Berner Münsters fand der Anlass einen gelungenen Abschluss.

Jeannette Steiner, Präsidentin  
Ortspartei Entlebuch

### 15 Jahre Ortspartei Willisau



**Am Mittwoch 7. September feierte die SVP Ortspartei Willisau im alten Sport Rock Café ihren Geburtstag. Auf Kerzen und Champagner konnte verzichtet werden, nicht aber auf hochkarätige Gastreferenten.**

Ortsparteipräsident Marcel Merz begrüßte das vollbesetzte Sport Rock Café und lancierte gleich Gründungsmitglied und ehemaliger Ortsparteipräsident Ruedi

Frey! Nebst den vielen Erlebnissen, welche die 15 Jahre gebracht haben, erinnerte er sich noch weiter zurück. «Ich sage es nun gleich selber, ansonsten erwähnt es nämlich der erste Gastreferent. Ich war der Lehrer von Nationalrat Franz Grüter. Und er ist nicht mal so schlecht raus gekommen!» Mit diesen Worten übergab Frey das Wort an den sichtlich amüsierten «Schulwillisauer». Gerade in Willisau neben meinem

ehemaligen Lehrer zu stehen und gemeinsam Geburtstag zu feiern freut mich sehr. «Mein Respekt gegenüber Ruedi Frey ist noch immer sehr hoch.» Ob dies in die Schulzeit zurück zu führen sei, oder wegen der Parteiarbeit, welche Frey geleistet hat, lässt Grüter offen. Der Nationalrat ehrte die Bevölkerung von Willisau, dass doch immerhin jeder dritte Bürger die richtige Partei wählt. Dies sei ein gutes Resultat, lasse

aber noch Luft nach oben offen. Auch wenn Franz Grüter an diesem Abend gut gelaunt war, die Spuren der letzten Woche in Bern konnte man spüren.

«Dass es Volksvertreter in Bern gibt, welche auf die Bundesverfassung geschworen haben und nun gefällte Volksentscheide ignorieren und nicht umsetzen, erschüttert mich sehr. Da habe ich ein anderes demokratisches Verständnis.» Grüter spielt hiermit auf die Staatspolitische Kommission und deren Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative an.

Mit den Stichworten; keine fremde Richter und eigenständige Steuerung der Zuwanderung, vermochte Parteipräsident Albert Rösti die Zuhörer zu überzeugen. In Bern arbeite man gegen das Volk. Dies sei fatal und müsse aufs schärfste verurteilt werden.

Die Ortspartei Willisau war bis zum Schluss ein grosszügiger und hervorragender Gastgeber

Ortspartei Willisau

Ortspartei Wauwil hat doppelten Grund zur Feier

## Corinna Klein folgt auf Christian Graber

Christian Graber (30) aus Grossdietwil ist seit Dezember 2008 Mitglied des Kantonsrats und bestreitet am 7. November 2016 seinen letzten Sessionstag. Wie die Regierung mitteilte, hat Graber sein Rücktrittsschreiben eingereicht. Seine berufliche Belastung lasse ein politisches Amt nicht mehr zu. Er kenne Wochen mit 70 und mehr Arbeitsstunden in seinem Geschäft. Dies sei notwendig, um im hart umkämpften Markt bestehen zu können. Christian Graber wurde mit 22 Jahre in den Kantonsrat gewählt und hat bis zum letzten Tag gewichtige Akzente gesetzt. Die SVP Kanton Luzern bedauere, jedoch akzeptiere und respektiere diesen Entscheid und wünscht ihm viel Erfolg in seinem privaten Umfeld.



Grabers Nachfolgerin wird die Wauwilerin Corinna Klein. Sie ist gelernte Krankenschwester und Mutter dreier erwachsener Kinder. Pikant wird es, wenn man 8 Jahre zurückschaut. Christian Graber konnte für den zurückgetretene Gerhard Klein nachrutschen. Notabene der Mann von der heutigen Kantonsrätin Corinna Klein. Da dürfen wohl Akten und Anträge wieder auf dem Mittagstisch der Familie Klein Platz benötigen.

## Nationalrat Roger Köppel zu Besuch am 20-jährigen Jubiläum in Wauwil

Die Ortspartei Wauwil fährt mit grossem Geschütz auf. Neben der neuen Kantonsrätin Corinna Klein, wird auch das 20-jährige Bestehen der Ortspartei Wauwil gefeiert. Und das mit einem Leckerbissen der besonderen Art. Der wohl begehrteste Nationalrat Roger Köppel gibt der Luzerner Gemeinde die Ehre.

«Losbinden statt anbinden» und mit einigen Gedanken zur Europa-Politik wird Roger Köppel die Anwesenden mit einem rhetorischen und wortgewandten Feuerwerk begeistern. Das sollten Sie nicht verpassen!



**Donnerstag, 24. November 2016**  
**Clubhaus FC Wauwil (Ausschilderung Fussballplatz)**  
**Türöffnung 20.00 Uhr, Beginn 20.15 Uhr**

Zum Schluss noch dies:

## Illegales Hörspiel in Ruswil

**Ein reales Hörspiel zwischen dem Gemeinderat und der Ortspartei findet in der Gemeinde Ruswil statt. Die SVP Ortspartei Ruswil stellt Unstimmigkeiten im Urnenbüro fest. Die SVP zog konsequenterweise ihre Urnenmitglieder zurück und teilte dies der Bevölkerung mit.**

Abstimmungskuverts werden ohne Anwesenheit von mindestens zwei Parteien vorzeitig geöffnet. Bei der Auszählung dürfen keine Teams der gleichen Partei gebildet werden. Für die Funktionen soll von Abstimmungstag zu Abstimmungstag ein Rotationsprinzip gelten. Dies ungeachtet ob die Zählmaschine das Lieblingsgerät des Gemeinde-/Urnenbüropräsidenten ist. Diese Regelung wird nicht konsequent umgesetzt. Am Abstimmungssonntag findet keine «Heilung» statt. Dies seien nur ein paar Beispiele, welche gegenüber den Stimmbürgern verbessert werden müssen, meint Ortspartei-

präsident Fabian Stadelmann auf Anfrage unserer Redaktion.

Der Gemeinderat Ruswil musste reagieren und verlangte eine Aussprache. Die Ortspartei stellt eine 12 – Punkte – Liste auf und legte diese Verbesserungsmöglichkeiten dem Gemeinderat vor. Als auswärtiger Vermittler nahm der von der SVP Ruswil zugezogene und von seitens des Gemeinderates akzeptierte Fredy Suter, alt Einwohnerrat und Fraktionschef FDP Emmen teil. Da die «Geschäftsleitung von Ruswil» diese 12-Punktliste als Kritik und Forderungen wahrnimmt, findet man sich in einer ungünstigen und nicht zielorientierten Gesprächsebene

wieder. Die Besprechung endete für die Ortspartei demzufolge unbefriedigend. Einzig eine gemeinsame Medienmitteilung

traf auf Zustimmung beider Parteien. Selbst diese Vereinbarung missachtete der Gemeinderat von Ruswil und teilte den Medien mit, dass alles in Ordnung sei und sich die Vorwürfe der SVP nicht bestätigten. Gemäss Stadelmann verlangte man nun das Protokoll dieser Sitzung. Schnell merkte man, dass selbst hier nicht alles mit rechten Dingen zu und her gegangen ist. Das Protokoll wurde nur einseitig unterzeichnet und die Aussprache wurde ohne Vorankündigung und Zustimmung beider Parteien und des beigezogenen Vermittlers digital aufgenommen. Diese Vorgehensweise sei nicht nur unwür-

dig, sondern auch rechtlich unkorrekt und strafbar, klärte Stadelmann ab.

Und trotzdem, die SVP Ruswil steht unter Druck. Jeder dritte Bürger von Ruswil wählt SVP. Nicht zuletzt diesen Bürgerinnen und Bürger gegenüber möchte die SVP ihre Urnenmitglieder wieder ins Urnenbüro lassen. Das Vertrauen gegenüber dem Gemeinderat sei jedoch zerrüttet. Vielleicht führen ja wirklich ein konstruktiver, sensibilitätsbefreiter Tisch und ein wahrheitsgetreues gemeinsames Communiqué zu einem Happy End. Der Bevölkerung von Ruswil sei es nicht nur gewünscht sondern diese verdient dies auch.

Redaktion, SVP Kurier





# FRAUENKOMMISSION



## Petra Birrer

- Schüpfheim
- 44 Jahre
- Verheiratet mit Hanspeter
- 3 Kinder (15, 18, 20)
- Mami, Hausfrau, Hauswartin
- Aufgewachsen in Ruswil, seit 21 Jahren in Schüpfheim zu Hause
- Hobbies: Familie, in der Natur sein, Velo fahren

*Frauenkommission: Am 27. November 2016 stimmen wir über den Atomusstieg ab. Die Initianten verlangen, dass alle AKW spätestens nach 45 Betriebsjahren stillgelegt werden. Die Grünen haben dieses Volksbegehren nach Fukushima lanciert. Wie stehst du dazu?*

**Petra:** Fukushima hat ohne Zweifel die Welt aufgerüttelt. Generell stellt sich die Frage, wie sicher sind unsere AKW's, aber auch die in unseren Nachbarländern? Eine Überlegung ist es wert, einen Ausstieg zu prüfen. Doch, vorher möchte ich von den Initianten gerne wissen, wird die Stromlieferung garantiert? Was zahlt der Bürger für diesen Ausstieg? Wie weit sind die Alternativenenergieleistungen fort-

geschritten? Erst dann werde ich mich entscheiden.

*Am gleichen Abstimmungssonntag stimmen wir über die kantonale Vorlage der SVP «Steuererhöhungen vors Volk» ab. Wie wertest du den möglichen Ausgang dieser Abstimmung? «Steuern» ist immer ein heikles Thema. Generell bin ich der Meinung, dass das Volk in Finanzfragen mehr miteinbezogen werden sollte, denn, ich habe das Vertrauen in die kantonale Finanzbehörde verloren. Die Verantwortlichen müssen dringend mehr in die Pflicht genommen werden, sollten ihre Entscheide besser begründen können, transparenter kommunizieren und vor allem ehr-*

licher und offener mit dem Bürger kommunizieren.

Die Vorlage hat gute Chancen, angenommen zu werden.

*Petra, du lebst schon seit vielen Jahren in Schüpfheim. Wie erlebst du ganz persönlich deinen Alltag mit der immer steigenden Anzahl an Flüchtlingen und Asylsuchenden?*

Sehr oft frage ich mich, wohin führt das? Wer bezahlt diese Massnahmen und wer übernimmt die Verantwortung der daraus resultierenden Folgen? In meiner Gemeinde leben doppelt so viele Flüchtlinge/Asylsuchende als eigentlich vorgeschrieben. Ich fühle mich nicht mehr so wohl wie noch vor ein paar Jahren. Das gleiche sa-

gen mein Mann und meine drei Kinder. Vor allem die Lebensqualität und die Sicherheit leiden stark. Traurig aber wahr, wir Schweizer dürfen bezahlen, kommen aber erst an 2. Stelle.

*Thema Europa: Petra, was meinst du, werden andere Länder dem BREXIT folgen und aus der EU austreten?*

Ein Umdenken hat sicherlich stattgefunden. Andere Länder wie Österreich senden deutliche Signale. Ich kann mir gut vorstellen, dass EU-Länder England folgen werden.

*Warum engagierst du dich für die SVP?*

Weil die SVP mein Gedanken-gut am besten vertritt und es die einzige Partei ist, die sich für uns Schweizer einsetzt. Die SVP ist auch die einzige Partei für die «Verhältnismässigkeit» nicht nur eine Floskel ist. Ein Beispiel, bei Behinderten wird unverhältnismässig gespart, beim Asylwesen wird munter ausgegeben...

*Hast du ein politisches Vorbild?*

Adrian Amstutz und Walter Wobmann

*Zum Schluss, welchen Rat gibst du allen politisch interessierten und aktiven Frauen mit auf den Weg?*

Getraut euch hinzustehen und steht zu eurem Wort.

Das Interview führte Tanja Bieri

Die neue Generation von Politikerinnen und Vertreterinnen der SVP hat einen guten glaubwürdigen und kompromissfähigen politischen Stil.

Frauen sollten sich untereinander stärken, sich vernetzen und gegenseitig unterstützen. Jedoch sind wir gegen Frauenquoten.

Die Frauenkommission SVP des Kantons Luzern engagiert sich darum stark für die Verflechtung zwischen der SVP, ihrer Politik und den Frauen.

## Unser Moto:

**Frauen bewegen – bewegte Frauen – setzen wir in die Tat um.**

Die Frauenkommission hat sich zum Ziel gesetzt, ihr Engagement in die dialogbasierte Bürgernähe zu intensivieren, vor allem zu den politisch interessierten Frauen.

Nehmen Sie mit uns Kontakt auf!

[www.frauenkommission-svplu.ch](http://www.frauenkommission-svplu.ch) • [svpfrauen@svpluzern.ch](mailto:svpfrauen@svpluzern.ch)



## KALENDER

### November 2016

7. Nov.	Session Kantonsrat
10. Nov.	Ortsparteipräsidentenkonferenz inkl. Parteileitung
17. Nov.	Sitzung Parteileitung
24. Nov.	Jubiläumsfeier Ortspartei Wauwil mit Gastredner Roger Köppel
27. Nov.	Eidg. und kant. Abstimmungen
28. Nov.	Session National- und Ständerat

### Dezember 2016

7. Dez.	Fraktionssitzung Kantonsrat
12. Dez.	Session Kantonsrat
15. Dez.	Sitzung Parteileitung
19. Dez.	Session Kantonsrat

### Januar 2017

3. Jan.	Redaktionsschluss SVP Kurier
6. Jan.	Bad Horn Tagung
12. Jan.	Sitzung Parteileitung
14. Jan.	Eidg. Delegiertenversammlung
17. Jan.	Kant. Delegiertenversammlung
20. Jan.	Versand SVP Kurier
21. Jan.	Kadertagung SVP Kanton Luzern

## LESERBRIEF

### Politisieren FDP- und CVP komplett am Volk vorbei?

Der kürzlich unter Führung von Kurt Fluri (FDP, SO) präsentierte Vorschlag der staatspolitischen Kommission (SPK) des Nationalrats zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) löste wohl bei vielen Leuten ein Augenreiben aus. Gründe und Folgen seien nachstehend kurz dargelegt. Bundesrat (BR) und Parlament hatten mehr als zweieinhalb Jahre Zeit, einen verfassungs- und praxisnahen Gesetzesentwurf auszuarbeiten. Was jetzt präsentiert wird, zeigt auf, dass ausser den SVP-Vertretern wohl alle anderen gar nie gewillt waren, die MEI wirklich gemäss Volksauftrag vom 9.2.14 umzusetzen. Man kuscht vor der «EU-Bürokratenregierung» und der von uns Steuerzahlern finanzierte «Berg» hat eine untaugliche «Maus» geboren! Nach der völlig unsachlichen (leider) erfolgreichen Kampagne gegen die Durchsetzungsinitiative (28.02.2016) wollte man stattdessen die mit Abstand grösste, am 18. Okt. 2015 bei den Wahlen klar siegende Partei erneut desavouieren. Sind solche «Volksvertreter» noch glaubwürdig oder nicht eher «Totengräber» der direkten Demokratie? Das Vertrauen vieler Leute in diese direkte Demokratie wird einmal mehr erschüttert und die Politikverdrossenheit wird steigen. Die z.B. dringend nötige AHV-Reform wird (falls sich die Lobbyisten in Bern überhaupt einig werden!) vom Souverän kaum goutiert werden, denn leeren Versprechungen glauben immer weniger. Fazit: Sobald eine grössere Wirtschaftskrise eintritt, wird das wahre Ausmass dieser auch in anderen Bereichen (Asylpolitik, Steuerabkommen, Gesundheitswesen, Alterspflege etc.) betriebenen «Günstlingspolitik» sichtbar werden! Jetzt sollten wir aber wach werden, denn wir sind das Volk!

Robert Furrer, Oberkirch

**! Voranzeige**

**Datum jetzt schon reservieren:  
Am 20. Mai 2017 findet die grosse Jubiläumsfeier  
25-Jahre SVP Kanton Luzern statt!**

**Bestimmen Sie  
den Weg**

Steuererhöhung?

**JA**

**NEIN**

**Steuererhöhungen  
vors Volk!**

**Kantonale Abstimmung  
vom 27. November 2016**  
[www.steuern-vors-volk.ch](http://www.steuern-vors-volk.ch)

**Podiumsdiskussion zur Voksinitiative «Steuererhöhungen vors Volk»**

**Dienstag, 8. November 20.00 Uhr**  
**Gemeindezentrum Arche, Dagmersellen**

#### Pro:

Angela Lüthold, Kantonsrätin SVP  
Guido Müller, Kantonsrat SVP

#### Kontra:

Yvonne Hunkeler, Kantonsrätin CVP  
Giorgio Pardini, Kantonsrat SP

#### Moderation:

Alexander von Däniken, Regionaler  
Chefreporter LZ



**Öffentlicher Anlass – Eintritt Frei**